

Bahnfahren zum Abgewöhnen

Preisexplosion durch InterCity und neues Tarifsystem

Mit dem Fahrplanwechsel hat die Bahn AG ihr neues Preissystem eingeführt. Die meisten Fahrgäste müssen draufzahlen. Besonders hart erwischt es PendlerInnen und gerade die aus Marburg. Durch Umbenennung des InterRegio (IR) in InterCity (IC) kassiert die Bahn bis zu 67 % mehr.



Im September protestierte die PDS am Bahnhof gegen den Preiswucher der Bahn

Die vollmundigen Erklärungen OB Möllers, es könnte eine Lösung für den Wegfall des IR durch parallele Züge des Rhein-Main-Verkehrsverbundes (RMV) oder durch Anhängen von RMV-Wagen an den Intercity gefunden werden, haben sich als Luftnummern erwiesen. Alle Proteste von Betroffenen sowie Erklärungen von Stadtparlament und Kreistag blieben folgenlos.

Auf der Strecke Marburg-Frankfurt ist der Fahrpreis von bisher 11 Euro auf 18,40 Euro (16,60 mit Frühbuchungsrabatt) im InterCity ange-

stiegen. Die neue Bahncard bringt nur noch einen Nachlass auf 13,80 Euro (12,45 mit Rabatt). RMV-Zeitkarten kosten im Monat 19,50 Euro

mehr. Und Studierende müssen im Semester 10 Euro mehr hinblättern, wenn sie den sogenannten InterCity benutzen wollen. Fortsetzung S. 9

Hartz-Attacken stoppen!

Arbeitslose werden in Billigjobs und Scheinselbständigkeit gezwungen

Mit zwei Gesetzen „für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ hat der Deutsche Bundestag tief greifende Verschlechterungen für Arbeitslose beschlossen und die Voraussetzungen für die flächendeckende Einführung von Billigjobs geschaffen.

Geplant ist, über eine Million Arbeitslose in niedrig bezahlte Leiharbeit und Scheinselbständigkeit abzuschieben. Im Bundeshaushalt werden auf diese Weise im nächsten Jahr 2,48 Milliarden und bei der Arbeitsverwaltung 3,39 Milliarden

Euro eingespart, so dass Eichels Sparpaket fast ausschließlich von den Arbeitslosen getragen wird. Viele Leistungskürzungen, wie die Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe, sind noch nicht abgeschlossen, aber folgende Maßnahmen werden zum Beispiel bereits im nächsten Jahr wirksam:

- Die Bezugsdauer von Unterhaltsgeld bei Weiterbildung wird zur Hälfte auf die Laufzeit des Arbeitslosengeldes angerechnet.
- Das Unterhaltsgeld für Arbeitslosenhilfebezieher wird auf die Höhe der Arbeitslosenhilfe gesenkt.

mehr. Und Studierende müssen im Semester 10 Euro mehr hinblättern, wenn sie den sogenannten InterCity benutzen wollen. Fortsetzung S. 9

● Beim Bezug von Arbeitslosenhilfe wird das Einkommen der Lebenspartner stärker als bisher angerechnet und der Freibetrag für Vermögen um rund 60 Prozent gesenkt. Insgesamt werden bei der Arbeitslosenhilfe 2,71 Milliarden Euro eingespart. Arbeitslose können in Zukunft nach einer bestimmten Frist in Leiharbeitsfirmen abgeschoben werden, wo sie sechs Wochen für ein Nettoentgelt in Höhe des Arbeitslosengeldes und danach zu Billigtarifen arbeiten müssen. Die Behauptung, dass sie den Beschäftigten des entleihenden Betriebs gleichgestellt werden, ist falsch. Maßgeblich werden Tarifverträge sein, die die Leiharbeitsfirmen mit den Gewerkschaften vereinbaren. Fortsetzung S. 7

Weniger ist mehr

Die Verfolgung der Reichen in diesem Lande hat Ausmaße angenommen, die dringend die Einschaltung der UN-Menschenrechtskommission erfordern. Der hessische Ministerpräsident Koch sah kürzlich bei ihnen schon „eine neue Form von Stern an der Brust“, weil Gewerkschaftsfunktionäre es wagen, Namen von Milliardenären zu nennen.

Jetzt hat der Bundeskanzler zu einem neuen Schlag gegen sie ausgeholt. Die Steuern auf Zinsen werden auf maximal 25 Prozent gesenkt. Dadurch sollen die Reichen ausgetrickst werden. Weil 25 Prozent wie eine Lappalie erscheinen, will sie jeder bezahlen, so dass am Ende – oh Wunder – mehr Steuern bezahlt werden als bei höheren Sätzen. Dass das bisher nicht funktionierte, liegt wohl daran, dass die Steuern nicht genug gesenkt wurden. Ähnlich verhält es sich mit der Behauptung, dass niedrigere Löhne zu mehr Arbeitsplätzen führten. In Ostdeutschland weigert sich die Praxis hartnäckig, diese Theorie anzuerkennen.

Dass weniger mehr sei, meinen auch Kommunalpolitiker. So werden alle Jahre wieder die Vorschläge der PDS/Marburger Linke, die Gewerbesteuer auf Gießener Niveau anzuheben mit dem Argument abgelehnt, dies führe zu weniger Einnahmen. Das scheint sich in Gießen noch nicht herumgesprochen zu haben, denn dort sind die Gewerbesteuereinnahmen noch immer höher als in Marburg.

Allerdings sollten sich Lohnabhängige keine falschen Hoffnungen auf Lockangebote des Finanzministers machen. Steuerflucht ist ihnen nicht möglich, weil die Arbeitgeber netterweise die Steuern gleich vom Lohn abziehen.

Eine Amnestie, wie sie jetzt den Steuerflüchtlingen angeboten wird, damit sie zu gesetzestreuem Steuerzahlern rezosialisiert werden, sollte auch in anderen Bereichen Schule machen. Man könnte auch Bankräubern Straffreiheit versprechen, wenn sie einen Teil ihrer Beute zurück erstatten.

Nico Biver

wann & wo

Silvester-Fete der PDS

Unkostenbeitrag: 5 Euro

Di., 31. Dez., ab 20.00, PDS-Büro

Treffen der Marburger Friedensinitiative „Nein zum Krieg“

Di., 7. Januar, 18.30, DGB-Büro

Öffentliche PDS-Versammlung

Di., 7. Januar, 19.30, PDS-Büro

Gender Jihad?

Fundamentalismus in den USA

Vortragsreihe „Intelligenter Frieden“

Referentin: Amy Holmes (USA)

Do., 9. Jan., 20.00, Hörsaalgebäude

Plan Colombia:

Drogen, Krieg und Demokraten

Vortragsreihe „Intelligenter Frieden“

Referent: Stefan Schmalz (z.Zt. Bogota)

Di., 14. Jan., 20.00, Hörsaalgeb.

Friedens-Brunch

der Initiative „Nein zum Krieg“

Mo., 20. Januar, 10.00, DGB-Büro

Bündnis gegen Hartz-Pläne

Der AK Erwerbslose lädt zu erstem Treffen

Di., 21. Januar, 19.00, DGB-Büro

Linke im Westen:

Parteilosophisch im Abseits?!

Debatte mit Uwe Hiks, neuer Bundesgeschäftsführer der PDS

Di., 21. Januar, 20.00, PDS-Büro

Bundesweite Demonstration

gegen Irak-Krieg in Berlin

Sa., 15. Februar

Regelmäßige Termine:

PDS/Marburger Linke

ab 16. Januar: Donnerstags, 20.00, PDS-Büro

AG Kreispolitik der PDS

Montags, 18.30, PDS-Büro

Treff der PDS-Hochschulgruppe

Montags, 20.00, PDS-Büro

Impressum

NEUES MARBURG

Herausgegeben von: PDS Marburg-Biedenkopf

Redaktion und Vertrieb: PDS, Weidenhäuser Str. 78-80, 35037 Marburg, Tel.: 06421-163873

Redaktionsmitarbeit: Renate Bastian, Nico Biver (verantwortlich), Florian Fuchs, Hajo Zeller

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel, Zwischenüberschriften und Vorspanne stammen in der Regel von der Redaktion.

Layout: Nico Biver

Druck: Hiltzerth Druck + Medien GmbH & Co. KG

Redaktionsschluss: 20. Dezember 2002

Drucktermin: 22. Dezember 2002

Endlich ein AStA

Jusos setzen Koalition mit Liberalen durch

Es bedurfte des Drucks durch die PDS-Hochschulgruppe/Uni-Linke (PDS-UL) damit am 11. Dezember ein neuer Allgemeiner Studierendenausschuss (AStA) gewählt werden konnte.

Mit der Sammlung von 100 Unterschriften hatte die PDS-UL die Einberufung des Studentenparlaments (StuPa) erzwungen, das bereits vor den Semesterferien gewählt worden war. Damit wurde nicht nur ein Zwangshaushalt vermieden, sondern vor allem die Koalitionsverhandlungen zwischen Jusos, Grünen, Liberalen (LHG) und Rosa Liste beschleunigt. Das StuPa wählte einen rein männlichen AStA-Vorstand unter Vorsitz von Marius Reining (Jusos).

Ein AStA gleicher politischer Couleur hatte zuletzt vor drei Jahren sein Amt angetreten. Er war ausein-

andergebrochen, nachdem die LHG ohne Absprache Gelder für eine Firmenkontaktmesse abgezweigt hatte und den AStA verließ. Seitdem gab es einen kommissarischen Minderheiten-AStA der verbliebenen Gruppen. Dass dieser weitgehend handlungsunfähig war, und das letzte StuPa noch nicht mal konstituiert werden konnte, war den Jusos offensichtlich lieber, als sich mit den linken Gruppen zu einigen.

Nach den Wahlen im Sommer, bei denen die PDS-UL ihre Sitzzahl auf 4 von 41 verdoppeln konnte, hatte es anfangs danach ausgesehen, als könnte es zu einem Mitte-links-AStA unter Einbeziehung der linken Gruppen kommen. Trotz der Zustimmung von Grünen und Rosa Liste und Kompromissbereitschaft auf der Linken, scheiterten die Gespräche am Widerstand der Jusos. Sie wollten lieber die FDP-Fans mit im Boot ha-

ben, die sie offenbar als pflegeleichter betrachten.

Damit wurde die Chance vertan, einen funktionierenden linken AStA aufzubauen, der wirkungsvoll gegen den Abbau der letzten demokratischen Institutionen an der Universität und ihrer Umwandlung in ein Dienstleistungsunternehmen hätte agieren können.

Vom neuen AStA ist nicht zu erwarten, dass er einen entschiedenen Kampf bis hin zum Streik gegen Studiengebühren führen wird. Nach der Landtagswahl stehen diese sehr wahrscheinlich auf der Tagesordnung, zumal andere Bundesländer schon mit schlechtem Beispiel vorgegangen sind. Auf PDS-UL und die anderen linken Gruppen wäre in diesem Punkt ebenso Verlass gewesen, wie bei der Verteidigung des allgemeinen politischen Mandats des AStA. Selbiges lässt sich von der LHG nicht behaupten. Die PDS-UL und die anderen linken Gruppen werden deshalb versuchen, im StuPa und außerparlamentarisch den Widerstand gegen die neoliberalen Rezepten zu organisieren.

Thede Eckardt

Schläge sind straffrei



Polizeieinsatz beim Marktfrühschoppen: Schlagende Festbesucher blieben verschont.

Was sind Schläge ins Gesicht gegen einige Pfiffe. Nichts, wenn man der Marburger Staatsanwaltschaft glaubt.

Beim letzten Marktfrühschoppen wurden mehrere GegnerInnen des Burschenbesäufnisses von Teilnehmern tätlich angegriffen. In einem Fall schlug der Täter unter den Augen der Polizei gleich zweimal zu. Zwei Betroffene erstatteten Strafanzeige wegen Körperverletzung. Vier Monate später stellte Oberstaatsanwalt Hans Jörg die Verfahren mit der Begründung ein, dass kein öffentliches Interesse an der Strafverfolgung bestehe und verwies die Opfer auf die Möglichkeit der Privatklage. Mit soviel Gnade konnten Protes-

tierende, die pfffen oder ein Transparent hoch hielten, nicht rechnen. Sie erhielten Strafbefehle.

Das ist auch die übliche Vorgehensweise. Die Bunte Hilfe Marburg, die sich seit über 20 Jahren um Menschen kümmert, die wegen ihrer politischen Arbeit ins Visier der Behörden geraten, wundert sich: „Klar ist, dass die Staatsanwaltschaft Marburg in der Vergangenheit keine Scheu hatte, eine Anklageschrift zu verfassen wenn es darum ging, gegen Linke zu ermitteln. Klar ist auch, dass sich umgekehrt der Demonstrant und die Demonstrantin vor Gericht wiederfinden würden, wenn sie die Festgäste geschlagen hätten.“

Studieren?

Im Lotto gewonnen?

Auch in Marburg scheint das Studium nur noch für Kinder aus der Mittel- und Oberschicht finanzierbar zu sein. Im Uni-Journal verweist der Geschäftsführer des Studentenwerkes Dr. Dieter Meinke darauf, dass der Anteil der Studierenden aus der Unterschicht im Jahr 2000 nur noch 8 Prozent betrug. 1988 lag der Anteil noch 15 Punkte höher. 64 Prozent der Studierenden entstammen der Oberschicht gegenüber 54 % im Jahr 1988. Grund für diese zunehmende Diskriminierung scheinen vor allem finanzielle Probleme zu sein. Der Anteil der Bafög-EmpfängerInnen hatte sich von 1988 bis 2000 auf 9 Prozent halbiert. Gleichzeitig verdoppelte sich der Anteil derjenigen, die während des Semesters arbeiteten auf mehr als die Hälfte.

662 Euro hatten Studierende im Jahr 2000 monatlich für den Lebensunterhalt zur Verfügung. 224 Euro davon wurden für Miete ausgegeben.

Fragt sich nur, warum die Staatsanwaltschaft so gnädig ist. Weil sie zu mehr Gewalt anstiften will? Weil sie immer schon auf dem rechten Auge blind war? Oder weil zu den Ausrichtern des Marktfrühschoppens auch der Oberstaatsanwalt Hans-Joachim Wölk gehört?

Spenden an Bunte Hilfe Marburg

Kontoinhaber Thomas Werther
Sparkasse Marburg-Biedenkopf
Konto-Nr. 101 800 9940, BLZ 533 500 00

Sparen darf kein Dogma sein

Henning Köster erinnerte in der Haushaltsdebatte an die Ursachen der Finanzmisere



Trotz Landtagswahlkampf verzichteten SPD, Grüne und CDU bei der Beratung des Marburger Haushalts weitgehend darauf, sich den Schwarzen Peter für die desolante Finanzlage zuzuschieben. Sie hatten sich geeinigt, dem Haushalt gemeinsam zuzustimmen und setzten nur noch einige Duftmarken. So viel Einigkeit ist kein Wunder, denn an der Finanzmisere in den Kommunen tragen diese Parteien die Hauptverantwortung. Henning Köster, der Fraktionsvorsitzende der PDS/Marburger Linke, erläuterte dies in seiner Haushaltsrede (Auszüge):

Wir lehnen den vorliegenden Haushaltsentwurf ab, weil er sich einordnet in eine fatale Politik, die die Aktivitäten der Öffentlichen Hand zurückfährt, Sozialabbau betreibt und öffentliche Dienstleistungen privatisiert. Dies alles geschieht unter dem angeblich unabwendbaren Sachzwang der „Haushaltskonsolidierung“ durch Schuldenabbau. Das Sparen wird zum Dogma erhoben. Wer es in Frage stellt, den trifft der Bannstrahl der „Verantwortungslosigkeit für kommende Generationen.“

Unter der Decke brodelt es zwar, und im Städtetag wird Dampf abgelassen, aber die Spitzen Ihrer Parteien sind im Bund nicht bereit, die finanziellen Mittel, die auf kommunaler Ebene benötigt werden, dort zu holen, wo etwas zu holen ist: bei den Besser- und Gutverdienenden und bei den Großunternehmen, die nach wie vor riesige Profite machen.

Was der Verdichtungs- Vorsitzende Frank Bsirske im laufenden Tarifkonflikt äußerte, dass die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes die Zeche zahlen sollten, dass den Reichen Steuern geschenkt werden, lässt sich uneingeschränkt auf die Marburger Haushaltssituation übertragen.

Wer mit Steuersenkungsparenolen gegen die Vermögensteuer zu Felde zieht, nimmt billigend Einbrüche bei der sozialen Absicherung, beim Nahverkehr, bei der Kinderbetreuung und woanders in Kauf. Das Zurückfahren öffentlicher Aufträge wird zudem das Heer der Arbeitslosen vermehren.

Sie aber treten stolz in einen Sparwettbewerb ein und verwechseln dabei Sparen mit Politikgestaltung, auch wenn die tiefen Einschnitte – wie man hinter vorgehaltener Hand hört – erst nach der Landtagswahl zu erwarten sind.

Aber bereits jetzt wird vieles nicht angepackt, was wünschenswert oder

- erforderlich wäre, zum Beispiel
- der Wegfall der Kindergartengebühren;
- ein 50-Meter-Becken für das AquaMar;
- Umsetzung des Verkehrsentwicklungsplans;
- die Ein-Felder-Halle für die Otto-Ubbelohde-Schule;
- Umwandlung des Psychatrieparks in einen Naherholungsbereich;
- Anhebung der Löhne der MaBuS-

Beschäftigten auf Stadtwerkeniveau usw. usw.

Mit unserem Nein zum Haushalt wollen wir auch deutlich machen, dass diese Politik ihrer Parteien auch zu einem schlechenden Demokratieabbau führt. Durch die Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen werden diese Bereiche der Kontrolle durch die Stadtverordnetenversammlung entzogen, die durch die Finanzmisere ohnehin kaum noch Gestaltungsspielräume hat.

Die Sparpolitik hat in Bereichen der Stadtverwaltung zu einer Überlastung geführt. Die Bearbeitung von Wohngeldanträgen dauert bis zu sechs Monate. Wir halten es, Herr Stadtrat Kahle, für einen sozialpolitischen Skandal erster Klasse, dass sie diesen Missstand nicht behoben haben. Und warum tragen Sie es mit, dass die Beseitigung der Lahnuferparkplätze auf den Sankt Nimmerleinstag verschoben wird?

Auch geht Ihnen offensichtlich das Gespür dafür ab, was in einer verkehrsberuhigten Zone, wie in der Barfüßer Straße, geschieht, wenn sperrige Begrünung entfernt wird. Macht es Sie als grüner Dezernent wirklich stolz, dass das Umweltamt nur 30 Prozent der bewilligten Mittel verwendet und damit auf ökologische Gestaltung verzichtet hat? Der Haushalt stellt nicht genügend

Mittel bereit zur Verbesserung der sozial benachteiligten Bevölkerungsgruppen, zur Verbesserung der Lebensqualität aller MarburgerInnen sowie zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen.

Wir fordern, dass alle freien Träger einen Inflationsausgleich erhalten, um reale Kürzungen abzuwenden. Außerdem ist eine höhere Förderung bei nachgewiesenem Bedarf wie z.B. beim AKSB erforderlich.

2003 sollen wenigsten drei der vom Jugendhilfeausschuss in einem Drei-Stufen-Plan geforderten neun zusätzlichen Erzieherinnenstellen in den Kindergärten bewilligt werden. Es ist absurd, dass zur Behebung der durch PISA aufgedeckten Mängel, neue Konzepte in der Vorschulerziehung verlangt werden, sich aber gleichzeitig die Situation vor Ort verschlechtert.

Auffällig ist, dass die Mittel für den Straßenbau kräftig aufgestockt wurden. Dafür wurde drastisch bei Fuß- und Radwegen gekürzt. Wir fordern, dass hier 300.000 Euro zusätzlich eingesetzt werden können, die beim Straßenneubau einzusparen sind.

Es ist unsere Aufgabe als Opposition, auf den vorhandenen öffentlichen Bedarf hinzuweisen, der durch diesen Haushalt nicht abgedeckt wird. Nicht nur unsere WählerInnen wünschen, dass der Mangel an KindergärtenInnen, die faktische Schließung des Marbach-Bades, die Ein-Felder-Halle und andere Themen im Parlament ebenso zur Sprache kommen wie die Forderungen des Personalsrates der Stadt. Und sie wollen, dass zur Sprache kommt, woher das Geld dafür kommen könnte und wofür es verschleudert wird.



Die PDS/Marburger Linke ist ein kommunalpolitisches Bündnis aus Einzelpersonen und der PDS. Sie wurde 2001 mit 6,4 % der Stimmen viertstärkste Fraktion.

PDS/Marburger Linke, Weidenhäuser Str. 78-80, 35037 Marburg
Tel.: 163873, **Fax:** 175618
E-mail: marburger.linke@pds-marburg.de

Stadtverordnete

- Henning Köster**, Tel. 65752
- Eva Chr. Gottschaldt**, Tel. 961961
- Astrid Kolter**, Tel. 979145
- Pit Metz**, Tel. 682336

Versammlungstermin

Donnerstags, 20.00 Uhr, PDS-Büro

Haushaltsanträge der PDS/ML

Die Fraktion der PDS/ML hatte Anträge für den Haushalt vorgelegt, die Mehreinnahmen von 4.261.000, Einsparungen von 328.000 und Mehrausgaben von 2.435.000 Euro vorsahen. Alle Vorschläge wurden von der Mehrheit abgelehnt.

Über 3,5 Mio. Euro sollten durch die Teilabschöpfung der Gewinne stadteigener Betriebe (Stadtwerke, Sparkasse, DBM, GeWoBau, MEG) eingenommen werden und weitere 660.000 Euro durch die Erhöhung der Gewerbesteuer um 2,5 %.

Die PDS/ML forderte u.a. die Aufstockung der Mittel für die Naturfreunde, die Initiative Solidarische Welt, das Mütterzentrum, den Eltern-Verein der Brüder-Grimm-Schule, die Jazzinitiative Marburg, das TNT, die Marburger Malschule, Abraxas, die Gruppen Wendo, Wildwasser, Towanda und Schulkultur.

Außerdem beantragte sie Mittel (bzw. deren Erhöhung) für folgende Zwecke:

Zweck	zusätzliche Ausgaben
Inflationsausgleich für alle freien Träger	70.000
Lärmschutzplan	30.000
Internationaler Hilfsfonds	15.000
Klimaschutzbeauftragter	50.000
Agenda 21	10.000
Projekte gegen Rassismus an Schulen	7.000
Theater Gegenstand und Waggonhalle	54.000
Frauen helfen Frauen	12.000
Arbeitslosenpass	82.000
Einstellung von drei KindergärtnerInnen	160.000
Zuschuss für AKSB-Kindergarten	83.000
Zuschuss Sankt-Martins-Haus	46.000
Personalaufstockung BSF	25.000
Stadtpass	150.000
Bademeister für Marbach-Bad	81.000
Zuschuss Dorfläden	130.000
Zuschuss Regiotram-Gutachten	30.000
ÖPNV-Anbindung AquaMar und östliche Stadtteile	310.000
Bau der Ein-Felder-Halle	500.000
Renaturierung Lahnufer	150.000
Bau von Rad- und Fußwegen	297.000
Möblierung Barfüßer Straße	30.000

Teure Liberalisierung

Parlament beschließt Erhöhung der Müllgebühren

Ab Januar 2003 tritt eine neue Müllsatzung in Kraft. Diese sieht eine Müllgebührenerhöhung von 9,6% vor. In der Begründung zur Vorlage, die den Stadtverordneten zugeht, sind die Gründe genannt: der Gesetzgeber hat den „Markt“ öffentlicher Dienstleistungen „liberalisiert“, sprich: er hat ihn für private Anbieter geöffnet. Er hat aber nicht jedem Bürger das Recht eingeräumt, frei zu wählen, durch welchen Anbieter er entsorgen lassen will, sondern lediglich den Gewerbetreibenden. Die Lobby der Industrie hatte lange genug über zu hohe Belastungen lamentiert.

Und eben Gewerbetreibende in be-



Kurz & bündig

Burschis im Rathaus?

Der neu gegründete Marburger Korporationsring (MKR) will 2003 im Rathaus eine Ausstellung zur Geschichte der Marburger Korporationen zeigen. Das Stadtparlament hat auf Antrag der Stadtverordneten Eva Gottschaldt (PDS/ML) dem MKR dafür Bedingungen gestellt, die er nur schwer erfüllen wollen oder können wird: Sie müsse wissenschaftlichen Kriterien genügen, und deshalb sei die Mitwirkung korporationsunabhängiger und -kritischer WissenschaftlerInnen notwendig. Außerdem müsse die Geschichte des Verbindungswesens differenziert dargestellt werden (Antisemitismus, Morde in Mechterstätt, Verhältnis zu Nationalsozialismus und Neofaschismus, Frauenbild).

Der Marburger Korporationsring war vor sechs Jahren im Streit über die Bewertung der Geschichte der Burschenschaften auseinandergebrochen. Die Tatsache, dass die drei rechtsextremen Burschenschaften wieder mit von der Partie sind, lässt nicht auf Läuterung des Korporationsringes hoffen.

Subventionierte Existenz

Als kreativ erweist sich das Marburger Förderzentrum für Existenzgründer (MAFEX) wenn es darum geht, öffentliche Subventionen abzugreifen. Im Jahr 2001 hatte das Stadtparlament beschlossen, dass die Stadt

die Kosten der MAFEX zu 25 Prozent und mit maximal 20.000 DM abdeckt. Da im Jahr 2001 nur Kosten von 63.600 DM entstanden waren, konnte der Maximalbetrag nicht angefordert werden. Deshalb wollte man die ehrenamtliche Tätigkeit der Direktoriumsmitglieder in Rechnung stellen, um die 20.000 DM verlangen zu können. Der Magistrat mochte dieses Ansinnen nicht mittragen.

Das MAFEX erinnerte sich deshalb daran, dass es im Jahr 2000 vergessen hatte, die Kosten für Gastreferenten aufzuführen. Henning Köster bezeichnete es als Posse, dass das MAFEX statt ursprünglich 60.000 DM Kosten, die die Stadt mit 15.000 DM bezuschusst hatte, jetzt 87.700 DM geltend machen wollte und das, obwohl damals ein Gewinn von 20.900 DM erwirtschaftet worden war. Die MAFEX-Tricksereien hatten auch im Haupt- und Finanzausschuss keine Chance.

AquaMar-Bus geheim

Eines Dringlichkeitsantrages der PDS/ML bedurfte es, um eine Woche vor Eröffnung des AquaMar endlich die verbindliche Zusage des Oberbürgermeisters zu bekommen, dass eine Buslinie von Anfang an eingerichtet wird. Bereits im Mai hatte das Parlament einen entsprechenden Antrag der PDS/ML abgelehnt, mit der Begründung, die Linie werde ohnehin eingerichtet. Nachdem aber im Vorfeld noch immer über die Finanzierung gestritten wurde, entschied sich die sozialistische Fraktion zu handeln.

In der Stadtverordnetenversammlung tat OB Möl-

deutender Anzahl, über deren Namen sich der Oberbürgermeister aus angeblichen Datenschutzgründen ausschweigt, haben in Marburg frei entschieden, den „preiswerteren“ Entsorger zu nehmen.

Das führte nicht nur zu der paradoxen Situation, dass auf ein und derselben Müllentsorgungsstrecke die privaten Müllfahrzeuge hintereinander her fahren, um ihrem jeweiligen Kundenauftrag gerecht zu werden, sondern auch zu einem erheblichen Defizit bei der städtischen Müllabfuhr. Über 500.000 Euro fehlen im Etat. Da stellt sich nun die Frage: Wer soll dafür aufkommen? Wenn das Verursacherprinzip gelten würde, müsste man dem Gesetzgeber eine fette Rechnung schicken. Nun lässt sich die staatliche Obrigkeit nicht gerne ärgern, während die BürgerInnen wohl schon daran gewöhnt scheinen, mit immer neuen Abgaben belastet zu werden. Also greift man

ler so, als sei der Dringlichkeitsantrag völlig überflüssig gewesen. Dabei hatte er selbst am Tag zuvor keine Zusage machen wollen. Tatsächlich wurde die Entscheidung so übereilt getroffen, dass in der Öffentlichkeit die neue Linie weder bekannt war, noch für sie geworben wurde. Entsprechend schwach wurde sie an den ersten Tagen genutzt. Die neue Linie 10 verkehrt ab 9.55 Uhr im 20-Minutentakt vom Rudolphsplatz aus.

Freie Fahrt

„Offener und freier“ ist die Barfußstraße seit Stadtrat Franz Kahle (Grüne) über zwei Drittel der Blumenkübel entfernen ließ. Die „Entrümpelung“ war lediglich mit einigen Geschäftsleuten abgesprochen. Auch in anderen Teilen der Stadt wurden insgesamt 325 Blumekästen und Pflanzgefäße entfernt, um Kosten zu sparen.



wieder einmal den kleinen Leuten in die Tasche, um das Defizit zu decken.

Über 600.000 Euro sollen die VerbraucherInnen für eine verdeckte Wirtschaftssubvention aufbringen. Und dabei hieß es doch immer: „Durch die Liberalisierung wird alles billiger und kundenorientierter.“ Das Gegenteil ist der Fall, abgesegnet von einer ganz großen Koalition aus Schwarzen, Rosa-Grünen, Gelben und der bunten Zählgemeinschaft. Nur die PDS/ML stimmte gegen die Erhöhung. Pit Metz

In der verkehrsberuhigten Straße nutzen AutofahrerInnen die neue Freiheit nicht nur zum Parken sondern auch, um Tempo zu machen und die Fußgänger an den Rand zu drängen. Besonders für Kinder ist dies eine gefährliche Entwicklung.

Als Kahles Pläne bekannt wurden, hatte die PDS/Marburger Linke Einspruch gegen diesen Schildbürgerstreich erhoben, weil abzusehen war, was geschehen würde. Ein Dringlichkeitsantrag des Fraktionsvorsitzenden Henning Köster war im September noch abgeblockt worden. Im Oktober machte sich jedoch Einsicht breit. Geschäftsleute beklagten sich über Schnellfahrer, und OB Möller fand, dass mehr Kontrollen das Problem nicht lösen könnten. Ende Oktober beschloss das Parlament fast einstimmig, dass durch „Möblierung“ der Straße ihr Charakter als verkehrsberuhigte Zone gesichert werden sollte.



Milo Biber

Auf den letzten Drücker wurde die Buslinie zum AquaMar eingerichtet

Haushalt als Offenbarungseid

PDS setzte bei Haushaltsdebatte auf Konjunkturspritzen

Erstmals seit zwei Jahren musste Landrat Robert Fischbach dem Kreistag wieder einen defizitären Haushalt vorlegen. Der Verkauf von EAM-Aktien an den Global Player e.on hatte nichts genützt: es müssen neue Schulden gemacht werden.

Fischbach schob der Bundesregierung den Schwarzen Peter zu: aufgrund ihrer schlechten Wirtschaftspolitik fließen die Steuereinnahmen dünner, und deshalb sei die Summe, die die Gemeinden aus der Einkom-

kung schließlich auch von der Union und von der FDP begrüßt worden sei. Denen war sie sogar nicht radikal genug. Da dürfe man sich anschließend nicht darüber beschweren, dass nicht genug Geld in den öffentlichen Kassen sei.

Wer hat recht?

Beide. Gemeinsam haben Regierung und Opposition in Berlin und Wiesbaden die öffentlichen Finanzen herunter gewirtschaftet. Die Letzten beißen die Hunde: die Kommunen. Und so haben denn Robert Fischbach und Werner Hesse letztlich unisono

vollständig reparieren.

In ihrer Haushaltsrede schlug die Fraktionsvorsitzende Anna Hofmann aber einen Kurswechsel vor. In einer Flaute, so erklärte sie frei nach Keynes, darf man nicht sparen, sondern man muss antizyklisch investieren. Und so setzte die PDS in ihren Änderungsvorschlag denn 100.000 Euro für die Schaffung einer Energie-Agentur ein. Springt die an, dann können daraus Investitionen für die mittelständische Wirtschaft in zweistelliger Millionenhöhe entstehen. Das nennt man „Multiplikatorwirkung“ und ist schon seit 1936 bekannt.

Stellt sich die Frage, woher die 100.000 Euro genommen werden sollen. Hier lenkten wir die Aufmerksamkeit auf folgenden Missstand:

Die Sparkasse Marburg-Biedenkopf, die Eigentum der Stadt Marburg und des Landkreises Marburg-Biedenkopf ist, ist gesetzlich berechtigt, 25 Prozent ihres Bilanzgewinnes an ihre „Gewährträger“ – das sind die Universitätsstadt und der Kreis – abzuführen. Stattdessen gibt sie nur ca. 10 Prozent ab.

Wird die Zuwendung auf die gesetzlich mögliche Höhe gesteigert, ist noch viel mehr drin als die 100.000 Euro für die Energie-Agentur.

Die SPD sprach sich gegen den PDS-Antrag aus, da er rechtlich nicht haltbar sei. Da ist sogar etwas dran:

denn tatsächlich muss sich dieses Gremium im Februar mit diesem Fall befassen.

So verabschiedete der Kreistag schließlich einstimmig – bei Enthaltung der „Republikaner“ – folgende Resolution: „Der Kreistag gibt der Hoffnung Ausdruck, dass der Petitionsausschuss des Hessischen Landtages bei der anstehenden Prüfung das Petitionsanliegen der Familie Kpakou-de Souza alle Gesichtspunkte von Rechtsstaatlichkeit und Humanität berücksichtigt und auch die besondere familiäre Situation der Betroffenen einbringt.“



PDS Fraktion
im Kreistag

Bei den Kommunalwahlen von 2001 errang die PDS 2,4 % der Stimmen und zwei Sitze im Kreistag Marburg-Biedenkopf.

Fraktion der PDS im Kreistag

Weidenhäuser Str. 78-80, 35037 Marburg

Tel.: 163873, Fax: 175618

E-mail: pds-marburg@t-online.de

Kreistagsabgeordnete

Anna Hofmann, Fraktionsvorsitzende
Tel. 06421-9175791

Georg Fülberth, Tel. 06421-26171

Treffen der PDS-AG Kreispolitik:

Montags, 18.30 Uhr, PDS-Büro

man kann nicht eine Summe in den Haushalt einstellen, von der man nicht weiß, ob man sie tatsächlich kriegt. Bislang haben die Vertreterinnen und Vertreter des Kreises im Verwaltungsrat der Sparkasse nämlich versäumt, mit dem Vorstand des Geldinstituts über die Höhe der Abführung zu verhandeln. Rechtzeitig vor der Einbringung des nächsten Haushalts – also für 2004 – muss das geschehen. Wir bleiben dran.

Georg Fülberth

„PDS schon geschickter“

Zur Haushaltsdebatte schrieb Manfred Günther in der OP vom 14.12. 2002

„Die SPD präsentierte sich am Freitag als zahnloser Tiger, der nicht einmal mehr faucht. (...) So jedenfalls bringt die stärkste Kreistagsfraktion die schwarz-grün-gelbe Regierung nicht in die Bredouille.“

Das macht die PDS schon geschickter, wenn auch nicht mit ihren Dauerbrennern bei den Finanzanträgen, die auch durch wiederholtes Vortragen nicht auf Akzeptanz stoßen werden.

Der zweiköpfigen PDS-Fraktion gelingt es aber immer wieder, dass CDU und Grüne genau überlegen müssen, wie sie sich bei Umwelt-, Sozial- und Verkehrsthemen aus der Affäre ziehen können, ohne ihre eigentlich völlig verschiedenen Grundsatzhaltungen aufzugeben.“

Oberhessische Presse



Oppositionsführung: Georg Fülberth und Anna Hofmann

mensteuer erhielten, jetzt kleiner.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD, Werner Hesse, wollte das nicht auf seiner Partei sitzen lassen. Er wies den Landrat darauf hin, dass die von der rotgrünen Bundestagsmehrheit beschlossene Steuersen-

im Kreistag den politischen Offenbarungseid geleistet.

Auch die PDS konnte keinen Vorschlag machen, wie der Haushalt ausgeglichen werden kann. Was in Berlin und Wiesbaden verbockt wurde, lässt sich auf lokaler Ebene nicht

Vernunft im Kreistag

In seiner Novembersitzung hatte der Kreistag eine Delegation des Kinder- und Jugendparlaments zu Gast. Sie berichtete unter anderem vom Schicksal einer Familie aus Togo, die von Abschiebung bedroht ist. Mit einigen der neun Kinder sind die Jungen und Mädchen aus dem Landkreis befreundet. Sie baten den Kreistag, sich ebenfalls einzusetzen.

Die PDS-Fraktion reichte für die Dezembersitzung einen Antrag ein,

in dem der Landrat aufgefordert wurde, seinen Ermessensspielraum vollständig auszunutzen, um den Vollzug der Abschiebung auszusetzen.

Die Fraktionen der Kreiskoalition – CDU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, Freie Bürger – waren bereit, dieses Anliegen zu unterstützen, wenn es sich nicht an den Landrat, sondern an den Petitionsausschuss des Hessischen Landtages richtete.

Dies erschien uns nachvollziehbar,

Kurz & bündig

Schlanke Löhne

Als „flexibles, schlankes Unternehmen“ bejubelt Rainer Kühne, Geschäftsführer der Stadtwerke, in ihrem neuesten „Service Magazin“ die MaBuS GmbH. Sie gehört zu hundert Prozent den Stadtwerken (SWM), „arbeitet anders“ als diese und erweitert angeblich das Nahverkehrs-Angebot in der Region. Die MaBuS benutzt dabei keine eigenen Fahrzeuge, sondern – so das Service Magazin – wegen des einheitlichen Erscheinungsbildes die Fahrzeugflotte der Stadtwerke.

Einige wohl klingende Worte über den eigentlichen Zweck der MaBuS verliert Kühne auch: „Solche flexiblen Arbeitszeiten (wie beim Anruf-Sammel-Taxi) sind im öffentlichen Dienst-Tarif nur schwerlich darzustellen.“ Will sagen, dass es die Stadtwerke viel billiger kommt, wenn man die Bediensteten bei einer Firma anstellt, die etwa 40 Prozent weniger zahlt als die Stadtwerke. Diese Firma heißt MaBuS.

Dass die MaBuS keine eigenen Busse hat, liegt nur daran, dass den Stadtwerken eine Auslagerung des Fuhrparks keine Kostenvorteile bringen würde. Der rasante Erfolg der MaBuS GmbH beruht alleine darauf, dass die Stadtwerke billiges Personal bei der MaBuS einkaufen. Etwas anderes verkauft sie nicht.

Es stimmt deshalb auch nicht, dass die Arbeitsplätze der FahrerInnen bei den Stadtwerken erhalten würden, wie Kühne behauptet. 2001 und 2002 wurden jeweils sieben Stellen im Fahrbetrieb gestrichen. Wieviele noch übrig geblieben sind, veröffentlichten die Stadtwerke nicht mehr, seit sie vom städtischen Eigenbetrieb in eine GmbH umgewandelt wurden.

Schul bei der CDU

In der Haushaltsdebatte wettete die CDU-Sozialpolitikerin Hannelore Gottschlich auch dagegen, dass Rot-Grün die eigene Klientel bedienen würde. So würde der Sozialdienst Katholischer Frauen gegenüber Pro Familia erheblich benachteiligt. Dem Schulentzweck Tuntonia wollte sie die Finanzen ganz streichen. Auf die Frage der Stadtverordneten Eva Gottschaldt (PDS/ML), ob sie glaube, dass Menschen sich entscheiden könnten, schwul oder lesbisch zu sein, antwortete sie: „Selbstverständlich kann man sich entscheiden.“

Das brachte ihr nicht nur das schallende Gelächter der großen Mehrheit der Stadtverordneten ein sondern auch die Bemerkung Gottschaldts: „Deshalb gibt es wohl so wenige Lesben und Schwule in der CDU.“

Schwanz und Hund

Hochwasserschutz bringt Grüne in Bredouille

Am 26. Juni 2002 hat der Hessische Landtag ein neues Wassergesetz beschlossen. Dort wird die alte Bestimmung aufgehoben, dass in geschlossenen Ortschaften unterhalb eines Abstands von fünf Metern an Flüssen, nicht gebaut werden darf. Außerdem wurde die Genehmigungspflicht für Baumaßnahmen im Überschwemmungsgebiet abgeschafft.

SPD und Grüne stimmten dagegen. Im Anhörungsverfahren hatten nicht

an der „Liberalisierung“ interessiert.

Im August kam das Hochwasser. Es spülte Vieles hinweg, was nicht niet- und nagelfest war. SPD und Grüne in der Marburger Stadtverordnetenversammlung verabschiedeten daraufhin mit den Stimmen der PDS eine Entschließung, wonach der Magistrat aufgefordert wurde, „sich für die Rücknahme folgender Änderungen im Hessischen Wasserbaugesetz vom 26. Juni 2002 einzusetzen:

Abschaffung der ‚Fünf-Meter-Uferandstreifen‘, (§ 68 Abs 2),



Kreistag vertagte Entscheidung zum Hochwasserschutz per Prüfantrag

nur Umweltverbände, sondern auch Wasserbauexperten gezeigt, dass dieses neue Gesetz bei Flut sehr gefährliche Nachwirkungen haben werde. CDU und FDP war das aus dogmatischen Gründen egal: sie waren nur

Abschaffung der Genehmigungspflicht für Baumaßnahmen im Überschwemmungsgebiet innerhalb geschlossener Ortschaften (§ 70 Abs. 2 Satz 1)“.

Auch hier fand vorher eine Anhö-

rend des Unterrichts ihr Kopftuch zu tragen. Dass – laut Bundesarbeitsgericht – einer Verkäuferin dies erlaubt ist, hat damit zu tun, dass der Staat mit seinem Laizismus-Gebot in einem Privatgeschäft nichts zu melden hat.

So weit, so klar – zumindest bis zum nächsten Urteil. Herr Noll ist inzwischen auf den Rechtsweg aufgebrochen.

Die SPD wollte ihn da nicht allein lassen. Im Kreistag hatte sie einen Antrag eingereicht, der den kommunalen Kindergärten noch einmal auf religiöse Neutralität festlegt.

Bald danach zog die sozialdemokratische Fraktion ihren Antrag zurück.

Sie dementierte, ihn überhaupt gestellt zu haben. Man habe nur intern über die Sache gesprochen und nichts unternehmen wollen. Der



Fraktion statt. Dabei trat u.a. ein Vertreter der Unteren Wasserschutzbehörde beim Regierungspräsidium Gießen für eine Rücknahme ein.

Weil die Lahn ja nicht nur durch die Universitätsstadt Marburg fließt, sondern auch im übrigen Landkreis (und außerdem gibt es dort noch Gleen, Ohm und Wetschaft), hat die PDS-Kreistagsfraktion den SPD-Grünen-Antrag einfach abgeschrieben und eingereicht. Die SPD war dafür. Doch oh Wunder! Die Grünen sahen das plötzlich ganz anders. Zusammen mit CDU, FDP und Freien Bürgern drückten sie – wieder einmal unterstützt von den Republikanern – einen Beschluss durch, wonach nur „geprüft“ werden sollte, welche Auswirkungen das neue Hessische Wassergesetz auf den Hochwasserschutz haben werde.

Mit Resultaten wird nach Lage der Dinge erst nach der nächsten Flut gerechnet werden können.

So lange wollen wir allerdings nicht warten. Die PDS-Kreistagsfraktion wird stattdessen nunmehr in jeder Sitzung per Kleiner Anfrage wissen wollen, wie weit denn die Prüfung schon gediehen ist.

Die andere Frage: wer in der Kreistags-Bürgerblock-Koalition der Hund ist und wer der Schwanz, stellen wir allerdings nicht. Wir wissen es schon. Frederike Wurm

Fraktionsvorsitzende, Werner Hesse, erinnerte sich anders: er habe aus der Diskussion den Schluss gezogen, dass ein Antrag gestellt werden sollte, und diesen habe er, wie es seiner Funktion entspricht, eingereicht. Jetzt wurde er zurückgepiffen und stand im Regen.

Das ist er gewöhnt. Herr Hesse hat es nicht leicht. Wenn er zu Sitzungen der Fraktion ruft, ist diese häufig nicht beschlussfähig: der Bundestagsabgeordnete, die beiden Landtagsabgeordneten und die Bürgermeister, die ihr unter anderem angehören, haben schrecklich viel zu tun und können oft nicht kommen. Alles muss Hesse alleine machen, und manchmal finden seine Genossinnen und Genossen, er arbeite zu viel – nämlich dann, wenn er etwas besonders Richtiges tut.

Georg Fülberth

Keine Nullrunde für Reiche

Eine Abgeltungsteuer auf Kapitalerträge soll große Vermögen begünstigen

Eine Nullrunde will die Bundesregierung dem Öffentlichen Dienst verschreiben, weil kein Geld da sei. Kein Wunder: Rot-Grün hält unbeirrt an Steuersenkungen für die Reichen fest.

Die Erinnerung an alte Wahlversprechen währte nicht lange. Um die Haushaltslöcher bei Ländern und Gemeinden zu stopfen, besannen sich die SPD-Ministerpräsidenten von NRW und Niedersachsen Peer Steinbrück und Sigmar Gabriel auf eine SPD-Forderung von 1998: Die Wiedereinführung der Vermögensteuer. Ihre Kollegen in Berlin und Meck-Pomm waren vom Koalitionspartner PDS ebenfalls zu einer Bundesratsinitiative gedrängt worden. Doch dann rief der Kanzler seine Ministerpräsidenten zur Ordnung und bot an, eine „Abgeltungsteuer“ auf Kapitalerträge einzuführen.

Diese wurde von Gabriel als „ein unglaublich mutiger Schritt“ bezeichnet. Er und Kollege Steinbrück verzichteten deshalb prompt auf ihre Forderung nach Wiedereinführung der Vermögensteuer.

Es gehört Mut dazu, die Vermögensteuer und die geplante Abgeltungsteuer auf eine Stufe zu stellen. Letztere soll dazu dienen, bei Kapitalerträgen nur noch eine maximale Steuer von 25 % zu erheben. Bisher unterlagen diese Einkünfte der Zinsabschlagsteuer, die wiederum mit der Einkommensteuer verrechnet wurde. Die Besteuerung konnte deshalb bis zu 48,5 % betragen. Kein Wunder also, dass CDU/CSU, FDP und Unternehmer Zustimmung zu den SPD-Plänen signalisiert haben.

Die Behauptung, durch die Steuersenkung komme mehr Geld in die Kassen, da viele die Zinsabschlagsteuer nicht bezahlt hätten, wird von vielen Experten bezweifelt. Außerdem kommt dies einer Bankrotterklärung der Steuerpolitik gleich. Statt die Steuerflucht zu bekämpfen und für die Trockenlegung der Steueroasen in Luxemburg, Liechtenstein, Monaco und anderswo zu sorgen, kapituliert der Staat vor der kriminellen Energie der Steuerbetrüger.

Damit nicht genug: Reiche, die ihr Geld ins Ausland verschoben haben, sollen amnestiert werden. Da aber in Steueroasen die Sätze noch niedriger sind, ist nicht mit den behaupteten Steuerrückflüssen zu rechnen.

Am Ende werden allein die Kleinanleger blechen müssen, weil es sich für sie mangels Masse nicht lohnt, ins Ausland zu gehen.

Attac bezeichnete die Regierungspläne als „eine doppelte Steuersenkung für die Vermögenden“. Zins-



Nico Biver

Verdi-Kundgebung in Marburg am 16. Dezember

einkünfte würden in Zukunft niedriger besteuert als die Mehrheit der Lohnneinkommen.

Die meisten Gewerkschaften favorisieren weiterhin eine Vermögensteuer. Das gilt auch für die PDS, die eine Kampagne für ihre Wiedereinführung gestartet hat. Ihr Bundesgeschäftsführer Uwe Hicks erklärte, dass diese um so dringlicher sei, als durch die Abgeltungsteuer die Steuerungerechtigkeit weiter verstärkt werde. Bei einem Freibetrag von 350.000 Euro pro Haushalt (zuzüglich 75.000 Euro pro Kind) und einer Steuerhöhe von 1 Prozent

könnten 16 Milliarden Euro pro Jahr durch eine Vermögensteuer eingenommen werden.

Davon will die Regierung nichts wissen. Nicht nur die neue Zinssteuer soll künftig die Vermögenden entlasten. Veräußerungsgewinne bei Aktienverkäufen sollen sogar nur mit 15 % besteuert werden. Und Anfang 2004 wird der Spitzensteuersatz von 46 auf 42 % gesenkt.

Die Zeche zahlen dann diejenigen, die am wenigsten haben: 5.840.000.000 Euro werden 2003 bei den Arbeitslosen eingespart.

Nico Biver

Fortsetzung von S. 1

Hartz-Attacken stoppen!

Da Leiharbeit heute im Schnitt um 35 bis 40 Prozent niedriger bezahlt wird als normale Arbeitsverhältnisse, werden auch die mit Hilfe des Arbeitsamtes ausgeliehenen Kräfte kaum mehr verdienen.

Heute sind nur 0,7 Prozent aller Beschäftigten Leiharbeiter, nach der flächendeckenden Vermittlung von Langzeitarbeitslosen sollen es nach Berechnungen der Hartz-Kommission bereits in zwei Jahren viermal so viel sein.

- Viele Firmen werden Normalarbeitsverhältnisse durch LeiharbeiterInnen ersetzen, weil sie billiger sind, keinen Kündigungsschutz haben und als Druckpotenzial gegen die Stammebelegschaft eingesetzt werden können.

- Die bestehenden Schutzvorschriften gegen die Ausweitung der Leiharbeit werden abgeschafft. So ist die Überlassungsdauer ebenso unbeschränkt wie die Wiedereinstellung, und auch im Bauge-

werbe wird Leiharbeit ermöglicht.

- Wenn in unserem Beschäftigungssystem eine neue Unterklasse von Billiglöhnern geschaffen wird, ist die Absenkung des gesamten Lohnniveaus unvermeidbar. Das kostet Kaufkraft und damit Arbeitsplätze, senkt aber auch die Einnahmen der notleidenden Sozialsysteme.

Weitere Maßnahmen, die jetzt in Kraft treten sollen, sehen die Beseitigung des Kündigungsschutzes für Arbeitnehmer ab 50 vor. Ihnen darf eine unbeschränkte Folge befristeter Arbeitsverhältnisse beim selben Arbeitgeber angeboten werden. Mit sogenannten Ich-AGs, die über zwei Jahre subventioniert werden, will man Arbeitslose in die (Schein-)Selbständigkeit entlassen. Für diese Zeit könnte die Arbeitslosenstatistik entlastet werden. Bei 36.000 Konkursen im Jahr, dürfte eine dauerhafte Selbständigkeit nur wenigen gelingen.

: Tag der Menschenrechte

- Am 10. Dezember 1948 wurde von der Generalversammlung der Vereinten Nationen die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ proklamiert. Zum Gedenken an dieses Geschehen wurde der 10. Dezember zum Tag der Menschenrechte erklärt. Doch auch nach 54 Jahren ist man weit davon entfernt, diese Menschenrechte mit Leben zu erfüllen. Auch in der Bundesrepublik sind einige der 30 Artikel, in denen die grundlegenden Menschenrechte beschrieben wurden, noch nicht verwirklicht.

- So heißt es zum Beispiel in Artikel 23: „Jedermann hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf angemessene und befriedigende Arbeitsbedingungen, sowie auf Schutz vor Arbeitslosigkeit.“ Schön wär’s, doch die Lebenswirklichkeit vieler Menschen sieht anders aus.

- Oder Artikel 26: „Jedermann hat das Recht auf Bildung.... Die Bildung muss auf die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit gerichtet sein“ Auch davon können viele in dieser Republik nur träumen.

- Erschreckend ist das allgemeine Unwissen über Menschenrechte in dieser Gesellschaft. Die Ergebnisse einer repräsentativen Befragung, die in der Oberhessischen Zeitung Anfang Dezember veröffentlicht wurden, zeigen, dass vor allem junge Menschen hier ein großes Informationsdefizit haben.

••••• Drei Gründe, sich nicht bei der PDS zu engagieren •••••

1. Die wollen Gerechtigkeit für alle. Ist das nicht Sozialismus?
 2. Die wollen dass die globale Wirtschaft den Menschen dient. Ist das nicht unrentabel?
 3. Die sind gegen jeden Krieg. Ist das nicht feige?
- Wer sie dennoch unterstützt, wird sehen, was er davon hat.

Die linke Kraft PDS
 • Medienhäuser Str. 79-86, 35037 Marburg, Tel. 06421-163873
 • Fax: 06421-175676, e-mail: pds-marburg@online.de

Marburger Bündnis gegen Hartz-Konzepte

Der Arbeitskreis Erwerbslose im DGB ruft zur Gründung eines lokalen Bündnisses gegen die Umsetzung der Hartz-Vorschläge auf. Das erste Treffen findet statt am

21. Januar, 19.00 Uhr, DGB-Haus, Liebigstr. 21

Kontakt:
 Tel. 620229, E-mail: RentschlerF@aol.com

Politik an der Geringfügigkeitsgrenze

Die Neuregelung der Mini-Jobs wird die Betroffenen, aber auch die Sozialversicherungssysteme teuer zu stehen kommen.

Die Arbeitslosenstatistik wird geschönt, die Kosten der Arbeitslosigkeit werden gesenkt, und Eichel wie auch die Unternehmen werden wieder einmal einige Milliarden sparen können, aber alle anderen zahlen drauf.

Die positiven Reaktionen von Regierung und Union, aber natürlich auch von den Arbeitgebern, zeugen entweder vonbarer Unkenntnis oder von Heuchelei. Die Erhöhung der Geringfügigkeitsgrenze von 325 auf 400 Euro heißt nichts anderes, als dass noch mehr normale Arbeitsverhältnisse in Mini-Jobs aufgeteilt werden, ohne wirklich neue Arbeit zu schaffen. Insbesondere im Handel wird es demnächst kaum noch normale Arbeitsverhältnisse geben. Indem die erweiterte Schaffung von Mini-Jobs nicht mehr auf haushaltsnahe Dienste begrenzt wird, dürfte die geringfügige Beschäftigung in

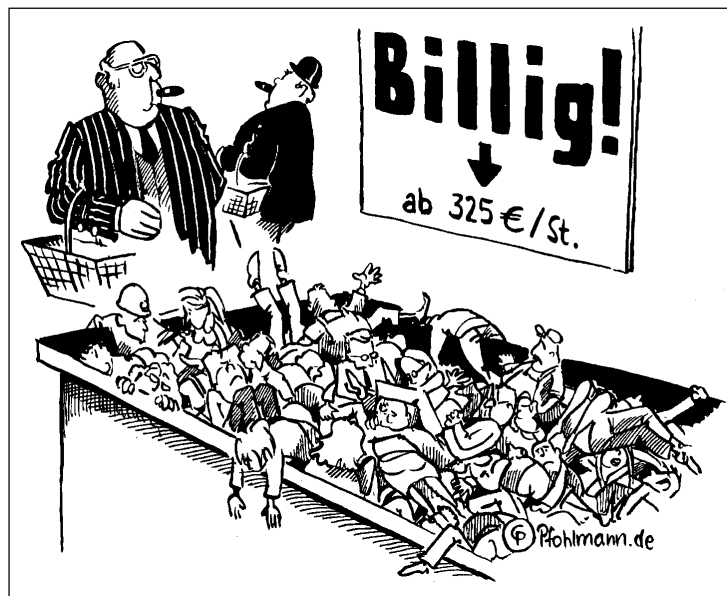
vielen Branchen zum Normalfall werden. Die vorhandene Arbeit wird wie eine knapp gewordene Suppe gestreckt und die Lohnsumme lediglich auf mehr Beschäftigte verteilt. Nach der perfiden Methode „mehr Arbeit ohne mehr Einkommen“ geht es weiter in Richtung Billiglohnland, was natürlich alle freut, die von billigen Löhnen unmittelbar profitieren. Doch die vordergründige Freude erwärmt sich an einer Milchmädchenrechnung. Was Eichel beim Zuschuss für die Bundesanstalt für Arbeit spart, wird sehr schnell bei der Renten- und der Krankenversicherung fehlen. Wenn nur eine Million neuer Mini-Jobs geschaffen werden, geht den sozialen Sicherungssystemen jährlich etwa eine Dreiviertel Milliarde Euro an Beiträgen verloren, die nämlich eingehen würden, wenn die gleiche Lohnsumme für normale Arbeitsverhältnisse gezahlt würde.

Eine Beschäftigungspolitik, die ihre Probleme zu Lasten der Sozialkassen und natürlich der Beschäftigten löst, befindet sich nicht nur wirtschaftlich unterhalb der Geringfügig-

keitsgrenze, sondern entbehrt auch jeder politischen Verantwortung. Sie riskiert eine zunehmende Verarmung großer Bevölkerungsteile und findet sich damit ab, dass Millionen heute

Mini-Jobs und später Mini-Renten haben werden. Wobei diese Politik in einem erschreckenden Maße zu Lasten der Frauen gehen wird. Von den vier Millionen geringfügig Beschäftigten sind heute schon 70 Prozent Frauen. Die Ausweitung von 325 auf 400 Euro – und mit nur leicht steigenden Beiträgen auch noch bis 800 Euro – wird wieder überwiegend Frauen treffen.

Harald Werner, gewerkschaftspolitischer Sprecher der PDS



Wie geht's uns denn heute?

Richtig ernst wird es mit der Gesundheit erst, wenn sie uns auf einmal fehlt. Damit wir bei der Bezahlbarkeit unserer Erkrankungen zukünftig nicht das Nachsehen haben, muss(t)en wir uns für den ins Haus stehenden „Umbau“ unseres Gesundheitssystems interessieren und neoliberale „Einschnitte“ gemeinsam abwehren. Dabei hilft uns ggfs. ein aktuelles Buch. Herausgeber sind Hans-Ulrich Deppe, der als Professor für Medizinsoziologie in Frankfurt am Main lehrt, und sein Mitarbeiter Wolfram Burkhardt.

H.-U. Deppe/W. Burkhardt: Solidarische Gesundheitspolitik, VSA-Verlag, Hamburg 2002, 200 S., 15,50 Euro.

Anders als das Vorgängerwerk von Deppe, „Zur sozialen Anatomie des Gesundheitssystems“ (2000), handelt es sich nicht um eine systemati-



sche Darstellung aus einer Hand, sondern diesmal um eine Sammlung von Themenbeiträgen verschiedener Autoren, um ein Arbeitsbuch also. In 15 kurzen Texten, je zwischen 8 und 21 Seiten lang, liefern Wissenschaftler und Kassenpraktiker grundlegende und orientierende Darstellungen von Knotenpunkten der aktuellen Sach- und Diskussionslage. Die Themenbandbreite reicht von Prävention bis Kassenleistungskataloge, von DRG-Fallpauschalen bis zu Betrugs- und vernünftigen Einsparmöglichkeiten.

Statt den im Tagesjournalismus so häufig vorkommenden populistischen, neoliberalen Plattitüden von „Vollkaskotalität“ und „Übersorgung“ ist ihnen gemeinsam, unser Solidarsystem durch

sinnvolle Reformen vor allem auf der Anbieterseite voll erhalten zu wollen. Sie sagen uns, wie es ginge, wenn die Politik denn wollte.

Während die Regierungspolitik derzeit nur Kostendämpfungsgetöse und Lange-Bank-Kommissionen à la Rürup zu bieten hat, speisen schlecht informierte Journalisten uns mit alarmistischem Schlagwortgesülz wie dem von der angeblichen „Kostexplosion“ ab. Lesen sie doch Bücher, wie das vorliegende.

Der hervorragende Eingangsbeitrag Deppes bietet eine Fülle von praxisnahen Argumenten, wieso Gesundheit nicht einfach ein Markt, eine Handelsware sein kann. Hartmut Reiners zeigt uns auf, mit welchen falschen Prämissen und Modellrechnungen die Ökonomen die Öffentlichkeit hereinlegen. Warum Wettbewerb um sogenannte „gute Risiken“ unsere gesetzlichen Krankenkassen ruiniert, erfahren wir, und welche Bündnisse für Gesundheit Zukunft haben.

Dieses Buch ist allen Gewerkschaftern, Studenten der Medizin und Sozialwissenschaften sowie allen, die oberhalb des Stammtischniveaus politisch mitreden und sich rechtzeitig zu Wort melden wollen, empfohlen. Nicht zu vergessen: potenzielle Patienten und damit zukünftig Angeschmierte sind wir wirklich alle.

Baldwin Gracian

„Partnership in Progress“

„The Navigators“ läuft im Rahmen einer Ken-Loach-Filmreihe Anfang 2003 im Oberstadtkino

England steht ein „Winter of discontent“ („Winter der Unzufriedenheit“) bevor: 85 Prozent der Briten glauben nicht mehr an das Funktionieren öffentlicher Dienste, über 50 Prozent sind der Meinung, in England funktioniere bald, „so gut wie gar nichts mehr“. Nach Feuerwehrleuten, Lehrern und Fabrikarbeitern treten etliche Berufsgruppen in den Warnstreik: Schaffner wollen den Weihnachtsverkehr lahm legen, Fluglotsen planen den nächsten Ausstand. Die „Neuradikalen“, wie Bob Crow, Derek Simpson und Mick Rix wollen die Rückkehr zu militanteren Formen des Arbeitskampfes. Dabei erfahren die Gewerkschaften eine strategische Aufwertung.

Im Kontext dieser aktuellen Arbeitskämpfe muss Ken Loachs Film „The Navigators“ (2002) gesehen werden, der im November in Deutschland anlief. Er erzählt die schrittweise Entsolidarisierung der britischen Arbeiterschaft am Beispiel von sechs Streckenarbeitern aus Sheffield. Sie werden 1995 Opfer der



Privatisierung von British Rail – einer Misere, die der deutschen Bahnreform alles andere als unähnlich ist. Auch hierzulande ging die Privatisierung mit einem massiven Stellenabbau (seit 1990 über 3/4 abgebaut!), starken Qualitäts- und Sicherheits-einbußen einher (Verkleinerung des Streckennetzes, Unterqualifikation

und Überbelastung der Beschäftigten, Zugunglücke). Der PDS-Verkehrsexperte Winfried Wolf hat die Auswirkungen dieser Politik in seiner Broschüre „Die 7 Todsünden des Herrn M.“ (erhältlich im PDS-Büro) drastisch geschildert.

Von heute auf morgen konkurrieren Kollegen und Freunde um die

selben Aufträge. Der neue Chef warnt vor Betriebsespionage. Schließlich führen die katastrophalen Arbeitsbedingungen zu einem tödlichen Unfall. Aus Angst um ihre Jobs lassen die Arbeiter die Leiche des Kollegen verschwinden. Ihre Gemeinschaft zerbricht daran.

Loach deckt das neoliberale System als eine Summe von Zwängen auf, die die objektiven Bedingungen von Solidarität zerstören. Dies ist sein erster Film, in dem den Arbeitern nicht die Aura proletarischen Heldentums anhaftet. Einzig positive Figur ist der Gewerkschafter. Überraschend, wenn man Loachs frühere Arbeiten kennt. In seiner TV-Serie „Days of Hope“ aus den siebziger Jahren über den Generalstreik von 1926, hatte er den Arbeitnehmerverbänden noch Opportunismus vorgeworfen. In seinem neuen Film konstatiert er dagegen das Scheitern der Arbeiterklasse und gibt die Reorganisation der Arbeiterschaft in den „Trade Unions“ als Parole im Kampf gegen den Neoliberalismus aus. Gegen demaskiert Loach neoliberale Floskeln, wie „Partnership in Progress“, als Herrschaftssprache.

Das Oberstadtkino plant eine Ken Loach-Reihe Anfang 2003. Wir freuen uns und hoffen in der nächsten Ausgabe Näheres über Programm und Termine mitteilen zu können.

Florian Fuchs

Fortsetzung von S. 1

Bahnfahren zum Abgewöhnen

Preisexplosion durch InterCity und neues Tarifsystem

Besonders rücksichtslos springt die Bahn mit Behinderten um. Ihnen ist gesetzlich kostenloser Transport in Nahverkehrszügen im Umkreis von 50 Kilometern garantiert. Durch die Umtaufung des InterRegio in InterCity sollen sie den vollen Preis zahlen. Der Marburger Behindertenbeirat hat dagegen scharf protestiert.

Aber auch der RMV zieht die Preisschraube an. Er verlangt jetzt 11,30 Euro für die Strecke und die BahnCard bringt nur noch eine Verringerung auf 8,50 Euro. Besitzer der alten BahnCard werden schamlos zur Kasse gebeten. Sie müssen sich mit dem halben Rabatt begnügen.

Der Tarifwirrwarr hat sich nicht, wie angekündigt, verringert, sondern ist – auch durch die unterschiedlichen Preise von Bahn und RMV – größer geworden. Statt des bisher festen Kilometerpreises (mit Zuschlägen) gibt es nunmehr für jede denkbare Verbindung einen, zwei oder drei „Normalpreise“ und damit Millionen Einzelpreise. Preise für Verbindungen über gleiche Entfernungen können massiv differieren.

Nutznießer der neuen Tarife gibt

es nur wenige. Wer weiter als 180 km fährt, könnte dazu gehören, vor allem wenn er eigene Kinder unter 14 Jahren mitnimmt und die Frühbucherrabatte nutzen kann. Kinder über 14 werden jedoch wie Erwachsene behandelt und wer über 17, aber noch in der Ausbildung ist, muss künftig auf die Rabatte der Familien-Card verzichten. Auf langen Strecken ist der alte Familiensparpreis von maximal 127 Euro auch mit allen Rabatten kaum zu unterbieten.

Die Plan&Spar-Angebote gibt es nur, wenn der Fahrgast genau sagen kann, mit welchen Zügen er fahren wird. Um den maximalen Rabatt von 40 % zu bekommen, muss man eine Woche vor Reiseantritt Hin- und Rückfahrt zu einem Mindestpreis von 30 Euro buchen. Zwischen Hin- und Rückfahrt muss zudem ein Wochenende liegen.

Ein Anrecht auf eine Frühbucherfahrkarte hat man allerdings nicht, da diese nur in begrenzter Menge vorhanden sind. In Urlaubszeiten, oder wie jetzt zu Weihnachten, sind sie schnell ausgebucht. Ein Anspruch auf einen Sitzplatz

ist nicht gegeben. Verpasst man den gebuchten Zug, wird es richtig teuer. Dann sind 45 Euro Stornogebühr fällig, zuzüglich muss die Differenz zum normalen Fahrpreis bezahlt werden.

Auch ist schleierhaft, wieso das

neue Preissystem „besonders für Senioren attraktiv“ sein soll. Für sie betrug der Preis der BahnCard bisher 70 Euro. Jetzt wird sie nur noch 60 Euro kosten aber der Rabatt sinkt von 50 auf 25 %.

Das alles sind gute Nachrichten für die Kfz-Branche, denn der Umstieg auf's Auto wird wieder attraktiver. Für 2002 rechnet die Bahn mit einem Rückgang der Verkehrsleistungen um 5,7 % im Personenfernverkehr und um 5,5 % im Nahverkehr. Es ist zu befürchten, dass sich der Trend fortsetzt. Charly Gaul



Da waren es nur noch zwei

Eigentlich sollten es mehr werden. Doch statt einer größeren PDS-Fraktion vertreten nur noch zwei Abgeordnete die PDS im Bundestag.

In einem Punkt sind sie nicht zu schlagen. Mit 100 % hält die PDS den höchsten Frauenanteil im Bundestag. Gesine Lötsch und Petra Pau errangen in Berlin jeweils ein Direktmandat. Die Möglichkeiten, die sie haben, PDS-Politik öffentlich zu machen, sind um ein Vielfaches geringer als bei der früheren Fraktion. Ihnen wurde nicht mal ein Gruppenstatus zuerkannt, so dass sie nur persönliche Mitarbeiter beschäftigen können. Sie haben kein Antragsrecht und können nur von ihrem Rede- und Stimmrecht Gebrauch machen.

Kein Parken unter Wasser

Die Stadt Marburg scheint über einen großen Überschuss an Parkplätzen zu verfügen. Ohne nennenswerte Auswirkungen bleibt jedenfalls, dass die Parkplätze im Lahnvorland „durchschnittlich acht bis zehn Wochen pro Jahr“ wegen Hochwassers nicht benutzt werden können. Dies gab OB Möller auf eine Anfrage von Ralf Musket (SPD) bekannt. Die Räumung der Parkplätze von Schlamm und Schwemmgut kostete zwischen 5.000 und 10.000 Euro im Jahr, so Möller.



Wohngeld am Sankt-Nimmerleinstag

Drei bis vier Monate betragen, laut Sozialdezernent Franz Kahle, gegenwärtig die Wartezeiten für die Bearbeitung eines Wohngeldantrages. Die Stadtverordneten Henning Köster (PDS/ML) und Erika Lotz-Halilovic (SPD) hatten im Oktober unabhängig voneinander um Auskunft gebeten. Betroffene hatten von Wartezeiten bis zu sechs Monaten berichtet. Kahle führte das Problem auf lange Fehlzeiten durch Erkrankung zurück, konnte aber nicht erklären warum nicht längst Abhilfe geschaffen wurde. Für 2003 soll die Stellenzahl aufgestockt werden.

G...r gegen L...r

Die Qual bei der Hessenwahl

Die Aussicht auf die hessische Landtagswahl ist nicht recht erfreulich. Der Ministerpräsident ist ein G...r, sein Herausforderer Bökel ist ein L...r. Die Abkürzung L...r heißt: Langweiler. Was G...r bedeuten soll, müssen Sie selbst herausfinden.

Wenn Gerhard Bökel in der „Hessenschau“ erscheint, ertönt von den heimischen Fernsehsesseln herzhaftes Gähnen, dann Schnarchen. Das hat wahrscheinlich gar nichts mit seiner Person zu tun. Schließlich ist er ja Hammerwerfer, also insofern ein dynamischer Mensch.

Vielmehr muss man bei Bökel wohl eine politische Antriebsschwäche vermuten. Er kann nicht klar machen, was er denn machen wird, falls er Ministerpräsident wird. Wollte er antworten: dasselbe wie Hans Eichel in den Jahren 1991-1999, dann braucht er gar nicht erst anzutreten. Der letzte sozialdemokratische Ministerpräsident hat damals z.B. schon die Universitäten heruntergespart und hat gegenwärtig bundesweit eine schlechte Presse.

Bökels Phantasielosigkeit ist deshalb fatal, weil es am 2. Februar die Fortsetzung

einer Richtungswahl geben wird.

Die erste Runde war 1999. Roland Koch startete damals eine ausländerfeindliche Kampagne und gewann. Eine ausreichende relative Mehrheit hat also damals diesen Kurs ratifiziert.

Es handelte sich nicht nur um Wahltaktik. Das zeigte sich einige Zeit später, als ein CDU-Landtagsabgeordneter den Fraktionsvorsitzenden der „Grünen“ als „einen Studenten aus Sanaa“ titulierte und da-



Zaungast bei Landtagswahl

Hessische PDS verzichtet nach Wahlniederlage auf Kandidatur

Die knapp 50 Delegierten der hessischen PDS sprachen sich Anfang November auf einem Parteitag in Kassel nach intensiver Debatte mit großer Mehrheit dagegen aus, an der Landtagswahl teilzunehmen.

Eigentlich sollte die Entscheidung über die Teilnahme an den Landtagswahlen nur eine Formsache sein. Im August hatten die Delegierten dafür votiert, die erstmalige Teilnahme an Landtagswahlen von einem Erfolg bei der Bundestagswahl abhängig zu machen. 5 % bundesweit und 2 % in Hessen waren die Minima, die angepeilt wurden. Es kam jedoch anders. Die PDS schaffte den Einzug nur mit zwei Direktmandaten und sank in Hessen von 1,5 auf 1,3 % ab.

Dennoch fand eine lebhaftere Debatte innerhalb der Partei und auf dem Parteitag statt. Die Befürworter einer Teilnahme hatten eine Reihe Ar-

gumente auf ihrer Seite. „Flagge zeigen“ lautete für viele die Parole. Und als Alternative werde man nur wahrgenommen, wenn man an Wahlen teilnehme. Dabei ging kaum jemand davon aus, dass die Fünf-Prozent-Hürde genommen werden könnte. Eines Problems wäre man durch eine Teilnahme enthoben: Welche Wahlempfehlung soll die PDS geben?

Für die Mehrheit wogen andere Probleme schwerer. Ohne Chance auf einen Einzug in den Landtag wollte man sich nach einem blauen Auge nicht noch ein weiteres holen. Darüber hinaus hatte die Niederlage bei den Bundestagswahlen für weitere Probleme gesorgt. Der Streit, der über die Ursachen der Stimmenverluste und den künftigen Kurs der PDS ausbrach, erschütterte den Landesverband nur mäßig, weil die übergroße Mehrheit der hessischen PDS mit der Linie des neuen Parteivorstandes konform geht. Dennoch gibt

mit klar machte, dass Ausländerfeindlichkeit – die in diesem Fall ja einen Inländer traf – zum festen Repertoire der Union gehört.

Es kam aber noch schlimmer.

Dass die Hessen-Union schwarze Kassen führte, mag ich ihr gar nicht so sehr übel nehmen. Parteienfinanzierung ist sowieso weithin eine einzige Heuchelei, bei der reihum immer wieder einmal ein anderer Verein ertrappt wird.

Aus der Rolle fiel die hessische CDU aber mit ihrer Lüge, ihr Bimbestamme aus „jüdischen Vermächtnissen“. Hier handelt es sich um einen philosemitisch angetäuschten antiseemischen Sideshow, den man ihr nicht durchgehen lassen sollte. Gewinnt Koch, dann hat das hessische Volk signalisiert, dass es auch so etwas gut findet.

Inzwischen hat der Ministerpräsident noch einmal nachgelegt. Weil der Verdi-Vorsitzende Bsirske die Namen von reichen Steuerhinterziehern genannt hatte, verglich er diesen mit den Nazis, die den Juden gelbe Sterne anhefteten.

Bei Bsirske hat sich Koch mittlerweile entschuldigt, bei den Juden nicht. Die Hessinnen und Hessen sollen demnach weiterhin glauben, was ihnen der Ministerpräsident nahelegt: Juden seien reich, und sie seien Steuerhinterzieher.

Also: ob man am 2. Februar 2003 einen L...r wählen soll, ist nur eine Geschmacks-, keine politische Frage. Einem G...r aber sollten Sie Ihre Stimme auf keinen Fall geben.

Ach so, falls Sie es noch nicht gemerkt haben: G...r heißt natürlich Gönner oder Gaukler. Und nicht, was Sie denken. Georg Fülberth

es einen großen Klärungsbedarf. Der Verlust der Bundestagsfraktion hinterlässt auch in Hessen große Lücken, weil viele politische Konzepte und Materialien von den 200 Mitarbeitern und Abgeordneten erarbeitet worden waren. In Hessen wurden das Wahlkreisbüro von Pia Maier in Frankfurt geschlossen und die Gelder für das Regionalbüro in Marburg gestrichen. Zwei Mitarbeiter wurden entlassen.

„Uns ist die Entscheidung nicht leicht gefallen“ sagt Olaf Weichler, der Landesgeschäftsführer. Aber im Augenblick komme es darauf an, die eigenen Kräfte zu sammeln. Der 500 Mitglieder starke Landesverband war durch den intensiven Bundestagswahlkampf nicht nur personell sondern auch finanziell ausgepowert. Von der Bundespartei wäre kaum Hilfe zu erwarten gewesen.

Die PDS wird sich in den nächsten Monaten darauf konzentrieren, im außerparlamentarischen Rahmen, zusammen mit Initiativen und Verbänden, Aktivitäten gegen die Hartz-Pläne und gegen den geplanten Irakkrieg zu entfalten. Nico Biver

„Der Jude wird verbrannt, sagt der Patriarch“

Proteste gegen rassistischen Artikel in der Zeitschrift des Deutschen Hochschulverbandes „Forschung & Lehre“

Die Affäre um das Editorial der Oktoberausgabe von „Forschung & Lehre“ „Jemand mußte Josef K. verleumdet haben“ zieht weitere Kreise. In dem Artikel breitet ein anonymer Autor einen angeblichen Mobbing-Fall an der Lausanner Universität aus. In der Schweiz lehrende deutsche Wissenschaftler sind bereits in Berlin vorstellig geworden, fürchten um das inneruniversitäre deutsch-schweizerische Klima. Der Marburger Romanist Hermann Hofer lief Sturm gegen die anonyme Publikation, forderte eine Distanzierung des verantwortlichen Herausgebers Hartmut Schiedermaier (zugleich Präsident des DH) und hat – nachdem er beharrlich ignoriert wurde – sogar Strafanzeige wegen Volksverhetzung gestellt.

Was ist geschehen? Statt den Vorgang sachlich und nachvollziehbar zu schildern, setzt der unbekannt Autor zu einer unsäglichen Polemik an, die weit über's Ziel hinauschießt. So diffamiert er nicht nur die Schweizer Universitäten, sondern gleich die ganze Schweiz, die heute



Prof. Hermann Hofer

„eher mit Stichworten wie Geldwäsche, Nazigold, 'Sonderfall' und 'Rosinenpickerei' assoziiert“ werde. Darüber hinaus wird einmal mehr zeittypisch mit einer Vertauschung von Täter- und Opferrollen operiert, um das eigene, vorgeblich erlittene Unrecht zu dramatisieren: „Right or wrong, mein Wille geschehe, sagt der Präsident, „Der Jude wird verbrannt, sagt der Patriarch““.

Der Autor identifiziert sich gera-

dezu mit dem Protagonisten von Kafkas Roman „Der Prozeß“. Dabei übersieht er ironischerweise, dass Franz K. seinen Prozess im Bann des Gesetzes letztlich selbst inszeniert. So wie er vom Autor gemeint ist, offenbart der ständige Vergleich zwischen dem „Fall G“ und Franz K. in seiner Unangemessenheit letztlich ein ähnliches „Geschichtsbewusstsein“ wie das von Herrn Koch. Es besteht ein himmelweiter Unterschied zwischen der „systematischen Vernichtung“ einer wissenschaftlichen Existenz und der des nackten Lebens. Fast hat man den Eindruck, Schweizer Universitäten engagierten Ausländer nur, um sie sadistisch zu „mobben“ und „abzuschießen“. So erklärt sich wohl auch, warum in der Schweiz zehn mal mehr ausländische Professoren lehren als in Deutschland. Ohnehin: in Deutschland nur ca. 5 % Ausländeranteil bei den Professoren, 35-50 % im europäischen Ausland. Schon diese Zahlen deuten die Schiefelage der „F&L“-Kampagne gegen das Schweizer „Uni-Mobbing“ an. Der aus der Schweiz stammende Professor Hofer, setzt sich schon seit Jahren für eine Verbesserung der Situation der ausländischen Lehrenden, Klarheit über Pensionsansprüche, Internationalisierung der Professuren und die Angleichung der Forschung an europäische Standards ein. Nach seiner Kritik erhielt er Drohanrufe. Er solle das Land möglichst schnell verlassen.

Florian Fuchs

VVN in Marburg neu begründet

Über viele Jahrzehnte hinweg war die Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes - Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) ein wichtiger Faktor im politischen Leben in Marburg. Die wenigen Überlebenden des Widerstandes in Marburg – erinnert sei dabei an die frühere Stadtverordnete Cilly Schäfer – und junge Antifaschistinnen und Antifaschisten dokumentierten die Geschichte der Stadt während des Nazi-Regimes, organisierten Fahrten von Schulklassen in

KZ-Gedenkstätten und führten Gedenkveranstaltungen und Demonstrationen zu den verschiedenen Jahrestagen der Nazi-Gräueltaten durch.

Nach der „Wende“ 1989 hatte die Marburger VVN jedoch ihre Arbeit eingestellt. Der Verlust der gesamten hauptamtlichen Infrastruktur im Bundesgebiet, wie auch die Einsicht in manche politische Fehlentwicklung, boten keine Aussicht für eine erfolgreiche Weiterarbeit.

Mittlerweile hat sich die VVN-BdA neue Strukturen erarbeitet. Vorläufiger Höhepunkt dieser Entwicklung war die Vereinigung der beiden großen Organisationen in Ost und West zu einem Verband, der über 11.000 Mitglieder besitzt.

Ermutigt durch diese Entwicklung, haben sich im November in Marburg frühere Mitglieder der VVN, zusammen mit Marburger

Aktiven für Antifaschismus und Antirassismus getroffen und die Grundlage für die Wiederbegründung besprochen.

In den nächsten Wochen sollen Pläne für die Aktivitäten im Jahr 2003 entwickelt werden. Das NEUE MARBURG wird weiter über die Arbeit der VVN-BdA berichten.

Kontakt: Eva Chr. Gottschaldt, Tel. 06421-961961, e-mail: tablo@t-online.de

Jetzt auch in Marburg Ökologische Plattform bei der PDS

Was wir wollen: Dass alle Parteien die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen der Menschen als wichtigste Aufgabe ihrer Politik betrachten, von der alle anderen Aufgaben nur abgeleitete Größen sein können. Dass eine Gesellschaft entsteht, in der ein selbstbestimmtes Leben für alle Menschen dieser Erde möglich wird, in der die Werte des Seins über denen des Habens stehen und die sich mit ihrem Verbrauch so verhält, dass die heutigen den künftigen Generationen in die Augen schauen können. Infos: Hajo Zeller, PDS Marburg, Tel. 163873, e-mail: hajo.zeller@web.de www.oekologische-plattform.de

Am 31. Dezember ist Wüstenrot-Tag

- Damit die rote Wüste wieder blühen kann, bedarf es dringend einer Berieselung aus der Gießkanne.
- Die Bundestagswahlen haben leider unsere Ressourcen etwas austrocknen lassen. Damit wir nicht auf Dauer auf dem Trockenen sitzen, würden wir uns über einen kleinen Geldregen freuen.
- Falls Sie das Pech haben, steuerpflichtig zu sein, sollten sie sich sputen und vor dem 31. Dezember spenden. Dann gibt Ihnen Minister Eichel schon bei Ihrer nächsten Steuerklärung die Hälfte des warmen Regens zurück.
- **Spendenkonto:**
- **PDS Marburg-Biedenkopf**
- **Konto-Nr. 53 12 43**
- **Marburger Bank**
- **BLZ 533 90 000**



Partei des Demokratischen Sozialismus
Kreisverband Marburg-Biedenkopf
Weidenhäuser Str. 78-80, 35037 Marburg
Tel.: 06421-16 38 73, Fax: 06421-17 56 18
E-Mail: pds-marburg@t-online.de
Internet: www.pds-marburg.de

Kupong

Ja, ich will

das NEUE MARBURG bekommen

zu PDS-Treffen eingeladen werden

Mitglied der PDS werden

Name _____ Vorname _____

Straße _____ Ort _____

Datum _____ Unterschrift _____



VVN-Aktivistin Eva Gottschaldt spricht bei der Demonstration gegen die NPD-Kundgebung in Marburg im August 2002

Das Letzte Tropfende Wasserhähne

Alle Jahre wieder kommt die Haushaltszeit. Passend zur Vorweihnachtszeit schnüren die kommunalen Volksvertreter ihre Haushaltspäckchen. Je nach politischer Couleur und Kassenlage fallen die Geschenke mal üppiger, mal happig aus. Durchgängig üblich ist die Angewohnheit, mit glänzenden Worthülsen und glitzernden Wortgirlanden Inhalte zu verzieren, die eher nach schlichter Machart gestrickt sind. „Verwalten statt gestalten“, dies ist die Botschaft, die in den dicken Wälzern der Haushälter steckt. Kommunalpolitik als Gestaltung der Lebensverhältnisse von Menschen, die in einem überschaubaren Raum zusammen leben, findet nicht statt. Als Ausrede müssen abwechselnd leere Kassen, der politische Gegner oder die schlechte allgemeine Stimmung herhalten, um davon abzulenken, dass politische Phantasie und Kreativität nicht zu den Stärken der heimischen Kommunalpolitiker gehören.

Beispiel Nachhaltigkeit. Der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen ist Voraussetzung für die weitere Existenz der Menschheit auf dieser Erde. Das ist eine Binsenweisheit. Deshalb wird sonntags Nachhaltigkeit beschworen und dienstags im Umweltausschuss die konkrete Umsetzung abgewürgt. An Feiertagen und auf Wahlplakaten wird Klimaschutz groß geschrieben, in der konkreten Politik wird er zum Kleingedruckten.

Vorstöße der PDS zum Klimaschutz, aufbauend auf den von Marburger BürgerInnen konzipierten Leitbildern der Lokalen Agenda 21, dem Nachhaltigkeitsbericht der Bundesregierung, einer Klimaschutz- und Innovationsstudie des Wuppertalinstitutes, den Statuten von Eurosolar und Analysen von Umweltverbänden werden ausgesessen. Unbeeindruckt von diesem Sachverstand, schallt es unisono von Rot und Grün, Schwarz und Gelb und diversen farblosen Fraktionen: Brauchen wir nicht! Haben wir schon! Die kleinste Photovoltaikanlage wird als Beginn des Solarzeitalters gefeiert, jede Mini-Holzhackschneitzel-Feuerung als Riesenschritt zur Energiewende bejubelt und das Abstellen eines tropfenden Wasserhahnes reicht immer noch zu einem Pressefoto mit gegenseitigem Schulterklöpfen.

Hajo Zeller

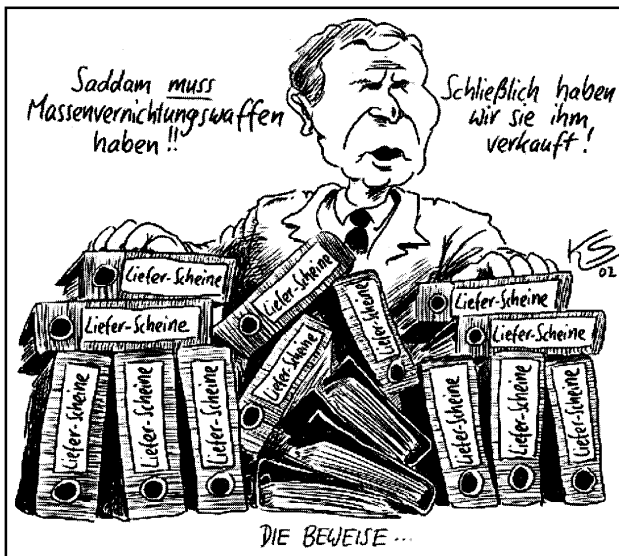
Angriffskrieg vor den Kadi

PDS-Vize Gehrcke verklagt Kanzler Schröder wegen Vorbereitung eines Angriffskrieges

Wolfgang Gehrcke, der außenpolitische Sprecher des PDS-Vorstands, hat am 16. Dezember Strafanzeige gegen Bundeskanzler Gerhard Schröder wegen Beteiligung an der Vorbereitung eines Angriffskrieges erstattet.

In einem 18-seitigen Schriftsatz von Rechtsanwältin Dr. Evelyn Kenzler an Generalbundesanwalt Kai Nehm wird der Strafantrag insbesondere wegen § 80 Strafgesetzbuch detailliert verfassungs-, straf- und völkerrechtlich begründet.

Wie Gehrcke vor der Presse erklärte, wird sein Schritt vom PDS-Vorstand unterstützt. „Wir wollen, dass die Bundesregierung ohne Einschränkung an ihrer Zusage festhält, dass sich Deutschland an keinem Krieg gegen Irak beteiligt.“ Ziel des juristischen Vorstoßes sei, „den Bewegungsspielraum der Bundesregierung größer zu machen“. Bereits die Aufnahme von Ermittlungen wäre ein „deutliches Signal“. Er sehe den Druck der USA auf die Bundesregierung, habe aber nicht verstanden, wieso sie sich nicht darauf beruft, dass sie den von den USA geplanten Angriff gegen Irak aus verfassungs- und völkerrechtlichen Gründen nicht unterstützen darf und wegen der Ablehnung durch die Mehrheit der Bevölkerung nicht unterstützen kann. Wer die USA am Krieg hindern wolle, müsse ihnen die Nutzung



ihrer Basen in Deutschland verbieten.

Es gebe keinerlei völkerrechtlichen Rechtfertigungsgrund für einen Angriff auf Irak, betonte Evelyn Kenzler, rechtspolitische Sprecherin des PDS-Vorstands. Es könne keine Rede von einer „humanitären Intervention“ sein, womit Nehm Strafanzeigen wegen deutscher Beteiligung am Krieg gegen Jugoslawien abgewiesen habe. Auch der Besitz von Massenvernichtungswaffen könne kein Kriegsgrund sein. NATO-Vertrag und Abkommen mit den USA könnten die Unterstützung eines Angriffskrieges nicht rechtfertigen. Gehrcke und sie erwarteten eine eingehende Prüfung der Strafanzeige durch die Bundesanwaltschaft. Sie rechne mit einer Antwort im Januar.

In dem 18-seitigen Schreiben, ... wird gegen Schröder „Strafantrag wegen aller in Betracht kommenden Straftatbestände“, insbesondere wegen § 80 Strafgesetzbuch (StGB) in Verbindung mit Artikel 26 Grundgesetz (GG) „im Hinblick auf die Einbeziehung deutschen Hoheitsgebietes und die Beteiligung deutscher Soldaten an der Vorbereitung eines Angriffskrieges“ gestellt. Dieser Sachverhalt werde erfüllt durch Gewährung von Überflugs-, Bewegungs- und Transportrechten und Beteiligung deutscher Soldaten an AWACS-Einsätzen.

Unter Verweis darauf, dass Schröder seit Sommer dieses Jahres wiederholt erklärt hat, Deutschland werde an einem Militärschlag der USA gegen Irak mit oder ohne Mandat des UN-Sicherheitsrats nicht teilnehmen, wird seine Äußerung beim Prager NATO-Gipfel am 21.11. wiedergegeben, die Bundesregierung werde „selbstverständlich ihren Bündnisverpflichtungen nachkommen“. Fer-

ner wird der Kanzler mit den Worten zitiert, „es sei selbstverständlich, dass die Bewegungsfreiheit unserer Freunde nicht eingeschränkt würde“.

Was die AWACS-Aufklärer – Gehrcke nannte sie vor der Presse einen „Feldherrnhügel über der Türkei“, der weiten Einblick in Irak ermögliche – anlangt, wird Schröders Äußerung in der ARD-Sendung „Farbe bekennen“ zitiert, „dass zum Schutze des Bündnisgebietes... auch AWACS-Flugzeuge mit deutschen Soldaten be-

setzt sein werden“. CDU/CSU-Verteidigungsexperte Christian Schmidt hatte erklärt, dass dies „mit einem Kampfeinsatz gleichzusetzen ist“.

Claus Dümde
Aus Neues Deutschland, 17.12.02

Grundgesetz Artikel 26, Abs. 1

Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen.

Strafgesetzbuch § 80: Vorbereitung eines Angriffskrieges

Wer einen Angriffskrieg (Artikel 26 Abs. 1 des Grundgesetzes), an dem die Bundesrepublik Deutschland beteiligt sein soll, vorbereitet und dadurch die Gefahr eines Krieges für die Bundesrepublik Deutschland herbeiführt, wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe oder mit Freiheitsstrafe nicht unter zehn Jahren bestraft.

Aktionen gegen Irak-Krieg Berlin Bundesweite Demo Sa., 15. Februar

Alle Strömungen der Friedensbewegung rufen auf zu dieser Aktion am „Global Action Day“, zu der 250.000 Menschen erwartet werden.

Marburg Demonstration 17.00 Uhr, Marktplatz am Tage des Ausbruchs des Irak-Krieges

Kontakt & Infos: Marburger Friedensinitiative „Nein zum Krieg“, c/o DGB, Liebigstr. 21, 35037 Marburg, Tel. 23060

LINKE im WESTEN Parteilpolitisch im Abseits!?

Debatte mit

Uwe Hirsch

Bundesgeschäftsführer der PDS

21. Januar, 20.00 Uhr

PDS-Büro

Weidenhäuser
Str., 78-80

PDS